

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Die reformistische Revolution

37 Jahre sozialdemokratische Politik in Schweden

In Schweden war die Arbeiterbewegung nie in dem Sinne marxistisch-revolutionär wie in Deutschland oder Österreich. Die Zielsetzungen des Sozialismus im Sinne einer Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln standen weniger im Zentrum als die Fragen der unmittelbaren Verbesserung der Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei, welche seit ihrer Entstehung und auch heute noch eng liiert sind, waren seit *Branting* bewußt reformistisch eingestellt. Auch die revolutionäre Welle im Anschluß an die russische Revolution ebte sehr schnell ab. Die kommunistische Partei, welche in den ersten Jahren einige der aktivsten ehemals sozialdemokratischen Kräfte gewinnen konnte, wurde nie eine Massenbewegung. Die widersprüchliche, rußlanddirigierte Kominternpolitik führte bald zu einer Kette von Spaltungen und zum Verlust der besten Kader.

Wenn die schwedische Arbeiterbewegung reformistisch war, so kann man doch nicht behaupten, daß sie nachgiebig und leisetretterisch war. Schon beim Aufkommen der Sägewerkindustrie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts kam es zu großen Streikbewegungen. 1902 gab es einen Generalstreik, der sich gegen das Einkommenswahlrecht richtete, 1909 proklamierten die Gewerkschaften den Generalstreik als Antwort auf eine Reihe von Aussperrungen.

Die einzige blutige Auseinandersetzung mit dem Militär, welche anläßlich eines Streiks im Jahre 1931 im Industriegebiet des Ängermanslands stattfand, führten in der Folge zum Sturz der letzten bürgerlichen Regierung. Seit der Reichstagswahl 1932 hat es, von einem Interregnum von 100 Tagen im Jahre 1936 abgesehen, nur sozialdemokratisch geführte Regierungen gegeben, zuerst unter *Per Albin Hansson* und dann nach seinem plötzlichen Tod 1946 unter *Tage Erlander*. Meist waren es Minderheitsregierungen, welche sich bei entscheidenden Abstimmungen entweder auf die Kommunisten oder einige der bürgerlichen Abgeordneten stützen mußten.

Nachdem Anfang Oktober dieses Jahres *Erlander* von seinem Posten als Ministerpräsident und Parteiführer zurückgetreten ist, um einem jüngeren Nachfolger Platz zu machen, ist ein Rückblick auf die 37 Jahre sozialdemokratischer Regierungszeit angebracht. In dieser

Zeit hat Schweden eine Reformarbeit durchgeführt, welche die gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur des Landes weitgehend gewandelt hat. Ohne Gewalt und Revolution, aber auch ohne das privatkapitalistische System aufzuheben, hat man hier auf evolutionärem Wege eine Gesellschaft und einen Staat geschaffen, der dem einzelnen Mitbürger im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie ein möglichst großes Maß an persönlicher Freiheit und eine sichere materielle Existenz garantiert. Einige Angaben mögen dies illustrieren.

Das Bruttonationaleinkommen betrug im Jahre 1967 je Person 15 804 schwedische Kronen. (Im Vergleich: USA 20 883 Kr., Schweiz 13 569 Kr., Bundesrepublik 10 440 Kr.) Der durchschnittliche Stundenlohn lag im November 1968 in der Industrie bei 10,02 Kronen. Die höchsten Löhne hatten die grafische Industrie und der Bergbau mit 11,86 und 12,17 Kronen. Die niedrigsten Sätze, z.B. in der Textilindustrie, betragen 8,31 Kronen. Im Akkord und in den Großstädten liegen die Löhne erheblich höher. So verdienen die Bauarbeiter, welche fast ausschließlich im Akkord oder Gruppenakkord arbeiten, je Akkordstunde zwischen 18 und 23 Kronen. (November 1968)

Interessant ist auch die Ausgabenverteilung beim privaten Verbrauch:

	Schweden 1966	BRD 1966
Lebensmittel	28,7	34,7
Tabak und Alkohol	7,7	4,5
Wohnung, einschl. Heizung u. Beleuchtung	14,6	16,6
Haushalt, einschl. Möbel	7,2	6,9
Reisen, einschl. Ausgaben für Auto	13,4	8,5
Sonstige Ausgaben	26,5	17,4

In der Sozialversicherung hinkte Schweden noch Anfang der dreißiger Jahre weit hinter Deutschland hinterher. Erleichternd wirkte dabei nur, daß Schweden lange nicht in dem Maße urbanisiert war und deshalb den meisten Arbeitern in Notsituationen immer der Weg zurück aufs Land offen stand. Eine wirkliche Verbesserung erfuhr die Sozialpolitik erst nach 1932. Heute kann man, trotz vielen noch vorhandenen Mängeln, behaupten, daß das schwedische Sozialsystem international vorbildlich ist. Freie Schwangerschaftshilfe, Geburtenbeihilfen mit 1080 Kronen, Kindergelder von jährlich 900 Kronen auch beim ersten Kind, Mietbeihilfen, freie Schulmahlzeiten und freie Lehrmittel sind eine Sicherung für die Familie und vor allem für Mutter und Kind. 1932 wohnten noch 40 vH aller Familien mit drei und mehr Kindern in Einzimmer-

Wohnungen. Heute wohnen nur weniger als 10 vH der Familien zu eng, d. h. es entfallen mehr als zwei Personen auf ein Zimmer.

Die Altersversicherung beträgt jährlich 8100 Kronen für Verheiratete oder Zusammenlebende, Alleinstehende bekommen 4930 Kronen. Dazu kommt ein unterschiedlicher Mietzuschuß und die neue Zusatzpension, welche 30 vH des Einkommens der 15 besten Jahre betragen soll.

Bedeutungsvoll ist auch die Expansion im Bildungswesen. Seit 1950 existiert die neunjährige Einheitsschule. Vorher hatten 85 vH der Jugendlichen nur eine sechsjährige Volksschule besucht. Noch in den vierziger Jahren hatten nur 10 vH aller 14- bis 19jährigen eine Nachschulbildung. Nur 4 vH eines Jahrganges hatten in den dreißiger Jahren die Möglichkeit, ein Gymnasium zu besuchen. Heute besuchen 45 vH ein Gymnasium oder eine Fachschule und 30 vH eine Berufsschule. Für 1970 rechnet man, daß 85 vH eine solche Nachschulbildung erhalten, das bedeutet, daß mindestens vier von fünf Jugendlichen entweder ein Gymnasium, eine Fachschule oder eine Berufsschule besuchen. In dem neuen Regierungsprogramm wird außerdem besonders großer Wert auf eine Verbesserung der Erwachsenenbildung (auch Hochschulausbildung) gelegt. Die Zahl der an den Hochschulen eingeschriebenen Studenten ist von 21 000 im Jahre 1951 auf 98 300 im Jahre 1967 gestiegen. Dabei muß man beachten, daß das Land nur knapp acht Millionen Einwohner hat ).

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß das in Deutschland immer noch verbreitete und oft recht rückständige Lehrlingswesen in Schweden nie die gleiche Bedeutung hatte. Die Ausübung handwerklicher Berufe war hier seit Einführung der Gewerbefreiheit nicht an eine Lehrlingsausbildung gebunden. Heute geschieht die Berufsausbildung vorwiegend in ganztägigen meist kommunalen Berufsschulen in Verbindung mit praktischer Arbeit im Betrieb oder in der Schule. Da die finanzielle Existenz der Schüler durch staatliche und kommunale Beiträge ebenso gesichert ist wie die Ausbildung von Gymnasiasten und Studenten, besteht auch leichter die Möglichkeit einer zeitlich späteren Berufswahl und die eines Berufswechsels.

Parallel mit der Änderung der materiellen Struktur in Schweden hat sich auch ein Wandel in der Bewußtseinsbildung vollzogen. Während man früher oft von „da draußen in Europa“ sprach und recht isoliert von den Problemen der übrigen Welt lebte, ist das heute völlig anders geworden. Das liegt nicht nur an den gesetzlich festgelegten vierwöchigen Ferien, welche im Zusammenhang mit den höheren Löhnen auch größere Auslandsreisen ermöglichen, sondern vor allem auch an dem größeren Interesse an der Außenpolitik, der Mitarbeit in den Vereinten Nationen und

der Hilfe für die unterentwickelten Länder. Den größten Einfluß auf die allgemeine politische Aktivierung der Jugend hat jedoch die Reaktion auf den amerikanischen Vietnamkrieg mit sich gebracht.

In der Erlanderschen Ära unter den Außenministern *Uden* und *Torsten Nilsson* ist die schwedische Außenpolitik sehr aktiv geworden. Die traditionelle Neutralitätspolitik und die Nichtverpflichtung gegenüber den Militärblöcken ist nicht gleichbedeutend mit Meinungsneutralität und hindert nicht, daß man z. B. den amerikanischen Krieg in Vietnam, die Militärdiktatur in Griechenland, die Rassenpolitik Südafrikas und die portugiesische Kolonialpolitik genau so eindeutig ablehnt wie die russische Militärintervention in der Tschechoslowakei.

Zur Bewußtseinsänderung gehört auch ein verändertes Verhältnis von Mensch zu Mensch. Früher sprach man miteinander immer nur in der dritten Person, selbst das „Sie“ galt als unpassend. Das führte zu einer menschlichen Isolierung und es war oft schwer, einen Unbekannten, dessen Namen oder Titel man nicht wußte, anzusprechen. Inzwischen hat die viel propagierte „Du-Reform“ jedoch schon so viele Fortschritte gemacht, daß sie bald Allgemeingut sein dürfte. Im Radio und Fernsehen ist diese Anrede schon normal und der neue Ministerpräsident *Olof Palme* gebraucht das gegenseitige „Du“ nicht nur im Umgang mit seinen Ministerkollegen, sondern auch im Verkehr mit Journalisten und anderen Personen.

In der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Einstellung zur Sexualität haben sich, nicht zuletzt auch durch die neue Gemeinschaftsschule, völlig neue Normen durchgesetzt. Die außerhalb Schwedens herrschenden Vorstellungen von der „schwedischen Sünde“ sind meist auf falscher Fährte. In Wirklichkeit hat die viel freiere Auffassung in sexuellen Dingen eine bedeutende Hebung des Selbstbewußtseins und der sexuellen Selbstbestimmung des weiblichen Geschlechtes mit sich gebracht. Die vollkommene Gleichberechtigung unehelicher Kinder (neuerdings auch in der Erbgesetzgebung) hat absolut nicht zu einer größeren Zahl unerwünschter Kinder geführt, der freie Verkauf von Präservativmitteln und der Sexualunterricht in den Schulen hat menschliche Tragik und viele illegale Aborte verhindert. Was wirklich verschwunden ist, ist die doppelte Sexualmoral.

1) Die öffentlichen Ausgaben (kommunale und staatliche) im Jahre 1967:

	Mill. Kronen	Prozent
Unterrichtswesen	5 867	28
Gesundheits- u. Krankenpflege	4 657	22
Sozialfürsorge	2 189	10
Verteidigungswesen	2 401	11
Justiz und Polizei	1 230	6
Verwaltung	2 409	11
Übriges	2 632	12
	21 385	100

Eines der wichtigsten unbewältigten Probleme ist dagegen der Alkoholismus. Dieser hat besonders nach der Freigabe des Starkbiers sehr stark zugenommen. Fast alle Verbrechen, an denen Jugendliche beteiligt sind, haben irgendwie Beziehungen zum Alkohol.

Schweden ist auch heute, nach 37jähriger sozialdemokratischer Regierung, ein kapitalistischer Staat. Daran wird auch die neue Regierung unter Olof Palme nichts ändern. Es besteht auch nicht die Absicht dies zu tun. Rigorose Eingriffe in die Wirtschaft, wie z. B. eine allgemeine Verstaatlichung, liegen auch den Gewerkschaften fern. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag im September/Oktober wurden einige Anträge auf Verstaatlichung der Privatbanken mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. *Wallenberg* und die anderen Finanzfürsten, die sogenannten fünfzehn Familien, werden auch weiterhin in ihrem Bereich herrschen und Geschäfte machen können, aber sie können dies nicht unkontrolliert und nicht unbedingt nach freiem Willen. Die Macht im Lande ist geteilt. So ist es nicht erlaubt, Waffen an kriegführende Länder zu verkaufen, auch nicht an Amerika und Israel. Und der mächtige Aseakonzern mußte sich kürzlich von dem Riesenprojekt des Kraftwerksbaues in Cabora Bassa zurückziehen, weil eine solche Beteiligung im Widerspruch zu der schwedischen Politik in Afrika gestanden hätte.

Klassen und Klassengegensätze gibt es auch im heutigen Schweden, aber diese Gegensätze haben an Schärfe verloren und die Grenzen der Klassen und ihre Konturen sind verschwommener und unklarer geworden.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Politik steht jetzt die Frage „Gleichheit und Mitbestimmung“. „Gleichheit“ bedeutet jedoch nicht Enteignung und Nivellierung, sondern Hebung des Lebensstandards der schlechter gestellten Mitglieder der Gesellschaft, Gleichheit bedeutet auch eine Justizreform, welche nicht mehr den kleinen Einbrecher schwerer bestraft als den großen Steuerhinterzieher. Gleichheit bedeutet aber auch die Ausweitung der wirtschaftlichen Demokratie, und erweiterte Mitbestimmung in den Betrieben, in den Schulen und allen übrigen Institutionen der Gesellschaft.

Dies sind die Aufgaben, die Olof Palme zu lösen hat. Er ist einer der jüngsten Regierungschefs in Europa, begabt, geschickt, radikal und gewillt, Probleme beim Schöpfe zu fassen. Gleichzeitig ist er aber wie die meisten Schweden auch Realist. Nicht umsonst war er sechzehn Jahre engster Mitarbeiter Erlanders, zuerst als sein Sekretär, dann als Regierungsmitglied. Seine Art und sein unkonventionelles Auftreten, das in vielem an *Dubcek* erinnert, hat ihm auch über den Kreis seiner Anhänger hinaus, auch bei den Gegnern, Sympathien geschaffen. Auf dem Parteitag wurde er nahezu

einstimmig gewählt und es gab keine Gegenkandidatur.

Politik in Schweden hat selten etwas mit visuellen Zukunftsbildern zu tun, sondern mehr mit der Arbeit an einem Bau, bei dem es gilt, Stein für Stein fest zu fügen, so fest, daß es schwer ist ihn niederzureißen, auch wenn die politische Situation einmal eine andere sein sollte.

*Walter Pappal*

## NS-Verfahren in Österreich

Nach Kriegsende stand die österreichische Justiz vor denselben Problemen wie die deutsche: Während in Deutschland alliierte Gerichte in den ersten Jahren eine Serie von NS-Prozessen durchführten, urteilten in Österreich Sondergerichte Schuldige aus dieser Gruppe ab. Notwendigerweise hatten viele Verfahren in dieser Periode einen mehr zufälligen Charakter, was die angeklagten Personen betraf, da damals weder alle Dokumente bekannt und gesichtet noch alle Zeugen eruiert waren. Nachher ruhte die Justiz in Deutschland und Österreich.

In der Bundesrepublik Deutschland führten Unruhe in der Öffentlichkeit über ungehört gebliebene Verbrechen und Strafanzeigen aus den Reihen der ehemals Verfolgten Ende 1958 zur Bildung einer Zentralstelle zur Verfolgung der Nazi-Verbrechen. Seither begann in Deutschland eine systematische Ermittlungstätigkeit, die eine noch lange nicht abreißende Kette von Prozessen zur Folge hat. Durch diese Ermittlungen wurde auch die österreichische Justiz gezwungen, sich mit den Massenverbrechen der Nationalsozialisten zu befassen, da es sich in vielen Fällen herausstellte, daß Mitschuldige österreichische Staatsbürger sind. In solchen Fällen leiteten die deutschen Justizbehörden die Akten an die zuständigen österreichischen Stellen weiter. Strafanzeigen aus den Reihen der ehemals Verfolgten wirkten in demselben Sinne.

Ohne ernste Mängel der deutschen Justiz zu übersehen, muß doch festgestellt werden, daß das Vorgehen der österreichischen Justiz nicht mit dem der deutschen verglichen werden kann. Daß in Deutschland eine kaum übersehbare Fülle von Prozessen durchgeführt wird, während in Österreich nur ganz selten ein NS-Prozeß anberaumt wird, hat seine Ursache *nicht* darin, daß so wenige Österreicher an den NS-Verbrechen beteiligt gewesen wären; der Unterschied wird durch die Arbeitsweise der österreichischen Justiz verursacht. Das soll durch ein markantes Beispiel illustriert werden:

Die umfangreichsten Verbrechen begingen die Nationalsozialisten im größten Vernichtungslager, in *Auschwitz*. Der Auschwitz-Komplex ist infolgedessen der umfangreichste aller Verfahren. Von der ersten Straf-

anzeige im Mai 1958 bis zur Eröffnung des großen Auschwitz-Prozesses in Frankfurt benötigte die deutsche Justiz daher etwas mehr als 5V2 Jahre. In Österreich wurde die erste Strafanzeige am 30. März 1960 von dem Sekretär des CIC (*Comité international des Camps*), *Hermann Langbein*, erstattet. Sie richtete sich gegen den Auschwitz Lagerarzt Dr. Georg *Meyer*. Obwohl dokumentarisch nachgewiesen werden kann, daß Meyer als Lagerarzt in Auschwitz Dienst versehen hat und daß jeder Auschwitz Lagerarzt bei Selektionen für den Tod in den Gaskammern mitgewirkt hat, ordiniert Meyer bis heute unbehindert im 5. Wiener Gemeindebezirk.

Am 8. Februar 1962 wurde Strafanzeige gegen *Johann Schindler* erstattet, der Adjutant des Kommandanten im Vernichtungslager Birkenau war. Seit etwa derselben Zeit ist der österreichischen Justiz bekannt, daß *Walter Dejaco* als SS-Führer der Zentralbauleitung in Auschwitz die Pläne für den Bau der Gaskammern und Krematorien verantwortlich gezeichnet hat, ohne die eine Vernichtung in dem Umfang, wie sie in Auschwitz durchgeführt wurde, technisch gar nicht möglich gewesen wäre. Schindler leitet bis heute ein Modenhaus in Amstetten, und Dejaco entwirft als Architekt in Reutte in Tirol Pläne für Schulen und Kirchen.

Eine ganze Reihe anderer SS-Angehöriger, die nachweislich in Auschwitz Blutschuld auf sich geladen haben und die heute in Österreich leben, sind der Justiz seit Jahr und Tag bekannt. Bis heute ist im österreichischen Auschwitz-Komplex die Ermittlung noch nicht abgeschlossen. Es wurde noch keine Anklage erhoben.

Ähnlich liegen die Dinge bei den Ermittlungen, welche gegen Gehilfen des berüchtigten *Globocnik* geführt werden, der im Rahmen der „Aktion Reinhard“ die Vernichtungslager in Ostpolen überwachte (erste Strafanzeige erfolgte im Jahr 1962, der persönliche Referent *Globocniks*, SS-Sturmbannführer *Lerch*, lebt unangefochten als Cafetier in Klagenfurt), bei den Ermittlungen im *Minsk-Komplex*, im *Majdanek-Komplex* (der in Graz seit dem Jahr 1963 ohne sichtbare Fortschritte bearbeitet wird) und im *Mauthausen-Komplex*, der besonders umfangreich ist, da dieses KZ und seine zahlreichen Nebenlager in Österreich lagen und dort daher mehr Österreicher schuldig wurden als in anderen Vernichtungslagern (seit dem Jahre 1963 in Linz bearbeitet).

Fragt man die zuständigen Stellen im österreichischen Justizministerium, warum diese Verfahren dermaßen schleppend geführt werden, daß nicht abzusehen ist, ob es überhaupt noch jemals zu einer Gerichtsverhandlung kommen wird, so wird auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen wie: Zeugen in aller Welt zerstreut, umfangreiche Materie, Schwierigkeit,

derartige Massenverbrechen mit Gesetzen zu verfolgen, die solche Untaten von Staats wegen nicht vorgesehen hatten usw. Erwidert man, daß die deutsche Justiz die gleichen Probleme zu meistern hatte und dazu nicht so lange brauchte, so wird auf den Personalmangel im Justizapparat verwiesen.

Tatsächlich scheint in dieser Frage der Schlüssel zu finden sein. Bis heute ist kein Staatsanwalt und kein Untersuchungsrichter ausschließlich für diese Verfahren eingeteilt und von jeder anderen Arbeit befreit worden, wie es in Deutschland seit langen Jahren geschieht. Das Argument, es stünden nicht genügend Richter und Staatsanwälte zur Verfügung, kann allerdings nicht überzeugen. Wenn der feste Wille vorhanden ist, diese Aufgaben ohne Verzögerung anzupacken, dann finden sich zweifellos Wege, die nötigen Fachkräfte dafür freizumachen. *Kurt Schubert*

### Österreich: Volksbegehren führt zur Arbeitszeitsenkung

Das von der Sozialistischen Partei Österreichs im vergangenen Frühjahr veranstaltete Volksbegehren für ein modernes Arbeitszeitgesetz und Herabsetzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden, das nahezu 900 000 Unterschriften bekommen hatte (die Gewerkschaftlichen Monatshefte berichteten darüber in Heft 6, 1969, S. 365 f.), führte bereits zu einem bedeutenden Erfolg.

Der österreichische Gewerkschaftsbund und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft schlossen im Herbst einen Generalkollektivvertrag ab, der die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche vorsieht. Auch die derzeit noch geltende 45stündige Wochenarbeitszeit ist nur in einem Generalkollektivvertrag geregelt, weil in Österreich immer noch das Arbeitszeitgesetz aus der NS-Ära gilt und ein neues Arbeitszeitgesetz bisher am Widerstand der Unternehmer und der konservativen parlamentarischen Kräfte scheiterte. Der neue Generalkollektivvertrag sieht vor, daß am Jahresbeginn 1970 die Arbeitszeit auf 43 Stunden, 1972 auf 42 Stunden und 1975 auf 40 Stunden je Woche gesenkt wird.

Einige Berufsgruppen — öffentlich Bedienstete, Arbeiter und Angestellte der Land- und Forstwirtschaft und manche andere Branchen — werden durch den Generalkollektivvertrag zwischen Gewerkschaftsbund und Bundeswirtschaftskammer noch nicht erfaßt. Um so dringlicher ist weiterhin die gesetzliche Arbeitszeitregelung. Die parlamentarische Beratung über dieses Thema hat bereits begonnen. Daß nun für die meisten Österreicher die kollektivvertragliche Senkung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden zustande kommt, ist ausschließlich auf das SPÖ-Volksbegehren zurückzuführen.

*Dr. Edgar Schranz*

## Rumänische Perspektiven

Rumänien ist trotz einer Flut teils gekannter, teils zuviel versprechender Propaganda noch weithin ein unbekanntes Land. Die transparente Siegert'sche Gesamtdarstellung<sup>1)</sup> oder die sorgfältige Arbeit Günter Pehls<sup>2)</sup>, deren Thesen hier Ergänzung finden sollen, wie die Kurzdarstellung des Verfassers über die rumänische Bildungspolitik (GM 6/1969) es bereits versuchte, sind immer noch instruktiver als die Mühsal des täglichen Studiums seitenlanger Reden in „Neuer Weg“ (deutschsprachige politische Tageszeitung Rumäniens).

Der Tourist, der Rumänien besucht, ist in der Regel „verplant“. Er sieht Ausschnitte des rumänischen Lebens, der rumänischen Geschichte und Folklore und kann sich am Schwarzen Meer oder im Gebirge erholen. Doch selbst diesem flüchtigen Betrachter wird neben individueller Freundlichkeit die mangelnde Ausbildung, der Versuch, ein bißchen an der Legalität vorbei etwas für sich zu erwerben, Gleichgültigkeit, mangelnder Leistungswille, Verantwortungsscheu und damit kasuistische Verhaltensweise auffallen. Hinzu kommen den rumänischen Verantwortlichen offenbar fehlende Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Touristikländern, denn sonst könnte die Sorglosigkeit in ästhetischer und hygienischer Hinsicht selbst in den Erdgeschoss von Luxus-Hotels nicht so groß sein. Zudem mangelt es vorwiegend an zwei Dingen: an Werkstätten, die ausländische Wagen zu reparieren vermögen, die also Ersatzteile und Werkzeuge vorrätig haben, und an mit mitteleuropäischen Pkw befahrbaren Landstraßen zweiter und dritter Ordnung. Diese hier nur andeutbaren Probleme sind Hindernisse für das Ingangkommen der noch kürzlich von *Ceausescu* im Gespräch mit Professor *Schiller* gewünschten intensiveren Touristik, die wenigstens einen Teil der negativen Zahlungsbilanz ausgleichen soll.

Die rumänische Industrie produziert gegenwärtig in 24 Tagen soviel wie im ganzen Jahr 1938<sup>3)</sup>. An der Entwicklung einer modernen Infrastruktur wird gearbeitet. Die Betriebslänge der Eisenbahnen wurde von 9990 km (1938) auf 11023 km (1967) erweitert<sup>4)</sup>. Angesichts des Rückstandes an modernen Straßen, die ihrerseits einem künftigen Verkehr nicht gewachsen sind, ist das Eisenbahnnetz, über das Massengüter auch auf internationaler Ebene umgeschlagen werden müssen, unzureichend und hinsichtlich des Lok- und Waggonparks stark überaltert. Die Länge der Straßen beträgt zwar 76 815 km, doch von ihnen sind nur 9478 km modernisiert. Das Verhältnis zwischen Staatsstraßen und lokalen Straßen beträgt 11 725 km (7452 km modernisiert) zu 65 090 km (davon 2026 km modernisiert).

Dieser flüchtige Überblick zeigt schon, daß ein wesentlicher Teil der Lokalstraßen höher

klassifiziert oder die Verantwortlichen in den Kommunen besser dotiert werden müssen. Jedenfalls entspricht diese Relation keineswegs den Anforderungen eines modernen Industriestaates. Es ist kein Wunder, wenn die Kraftwagen aller Kategorien einem auffälligen Verschleiß unterworfen sind.

Der Gütertransport wuchs auf der Eisenbahn von 35 Mill. Tonnen (1950) auf 137,1 Mill. Tonnen (1967) an und steigt mäßig weiter. Der Gütertransport auf den Straßen entwickelte sich von 7,3 Mill. Tonnen (1950) auf 186,6 Mill. Tonnen (1967) in rasantem Tempo. Wenn Rumänien nicht neue Mittel und Arbeitskräfte mobilisiert — gerade diese sind in den ländlichen und in den unrationell geführten gewerblichen Betrieben vorhanden — sind die Perspektiven für die siebziger Jahre nicht so günstig, wie das Ansteigen der Agrar- und Industrieproduktion dies erwarten läßt. Die Infrastruktur hinkt in Teilgebieten hinter der ökonomischen und kulturellen Entwicklung her. Die Binnenschifffahrt mit ihren großen Möglichkeiten vom Donaudelta bis Passau wird ungenügend genutzt. Auch die Seeschifffahrt ist noch gering. Der Lufttransport stieg im Personenverkehr von 127 000 (1950) auf 571 000 (1967).

Das Fernsprechnet, 145 000 (1955) zu 362 000 (1967), befindet sich in ständiger Erweiterung. Trotz eines interurbanen Netzes bedarf es zur Erreichung schnellerer Koordinationen in den ökonomischen Bereichen eines rascheren Ausbaues.

Die Elektroenergieerzeugung, unmittelbare Voraussetzung des industriellen Aufbaues, hat — ähnlich der Petrochemie — in ganz anderer Weise an der Entwicklung teilgenommen als Dienstleistungswesen, Straßenbau, Verkehr und Nachrichtenmittel. Noch 1938 befand sich nahe dem Nullpunkt: nur die Städte waren lediglich versorgt. 2 Milliarden kWh wurden 1950, 25 Milliarden kWh 1967 erzeugt. Die Erzeugung steigt sprunghaft. In Anbetracht dieses stürmischen Fortschritts liegt es im Bereich des Möglichen, daß sich die restliche Infrastruktur wie Be- und Entwässerung, Müllbeseitigung usw. positiv entwickelt. Es

- 1) Heinz Siegert, Rumänien — Heute, Düsseldorf 1966, 282 S. (mit Bibliographie).
- 2) Günter Pehl, Behutsame Reformen in Rumänien, GM 10/1968, S. 584 ff.
- 3) Gheorghe Macovescu, 1. stellv. Außenminister, Rede Tom 8. 9. 1969 in der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, „Einige Aspekte der Außenpolitik der Sozialistischen Republik Rumänien“, Manuskript, S. 2.
- 4) Diese und andere statistische Angaben wurden, wenn nicht besonders angemerkt, entnommen: Statistisches Taschenbuch der Sozialistischen Republik Rumänien, 1968, Statistische Zentrale Direktion, Bukarest, 412 S. — Beachtet wurde ferner: Rumänien in Ziffern und Fakten, in: „Nachrichten aus Rumänien“, Bulletin der Rumänischen Presseagentur Agerpress, VI. Jahrgang, Nr. 31-32 (297—298) v. 7. Juli 1969, Bukarest.

wird darauf ankommen, in welchem Ausmaß es Partei und Staat gelingen wird, nicht nur die Massen, sondern gerade auch die kleinen Gruppen und den Einzelnen mehr zu interessieren und zu mobilisieren.

Die von Pehl (GM 10/1968) geschilderte Entwicklung der Industrialisierung hat sich fortgesetzt. Die Investitionen auf diesem Sektor werden sich noch vergrößern, d. h. also zu Lasten der Infrastruktur<sup>7</sup>). Die Tendenzen für die kommenden Jahre, „Einbeziehung neuer Ressourcen in den Wirtschaftskreislauf, Hebung des technischen Stands der Produktion und deren Konzentrierung in leistungsstarke Einheiten; Abänderung der zwischen den Hauptwirtschaftssparten bestehenden Wechselbeziehungen, die große Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte sowie Modernisierung ihrer beruflichen Struktur“, werden für den deutschen Leser in einer informativen, wissenschaftlich exakten Schrift von *Dobrescu* deutlich<sup>8</sup>). Aber auch hier ist die Verbesserung menschlicher Interaktionen und die Schaffung notwendiger Entscheidungsfreude der Individuen nicht unmittelbar angesprochen: sie folgen nicht allein aus dem ökonomischen Prozeß.

Die Urbanisierung schreitet ständig fort, aber, wie in Jugoslawien, warten noch beträchtliche Reserven im agrarischen Bereich auf die städtisch-industrielle Integration. Dieser Druck ist um so größer, als die Sozialisierung im Agrarsektor — im Gegensatz zu Jugoslawien — voll durchgeführt ist. Die dadurch bedingte Mechanisierung zerstörte archaische Strukturen, ohne für einen Teil der Betroffenen neue sinnvolle Bereiche schnell erschließen zu können. Das soziale Gefälle Land-Stadt ist dort, wo es keine dezentralisierte Industrie gibt, überaus fühlbar, wie jeder aufmerksame Beobachter feststellen kann. Das sagt nichts Negatives über den ständigen Anstieg der ländlichen Produktion aus. Rumänien bedarf dringend der Kooperation und der Investitionen, wobei zu beachten ist, daß irgendwelche Einwirkungen in Richtung einer Marktwirtschaft ausgeschlossen sind.

Wir Deutsche kennen unsere nördlichen, westlichen und südlichen Nachbarn leidlich, wenn auch immer noch unzureichend — aber den Osten und den Südosten Europas haben wir, im Gegensatz zu Frankreich, das z. B. ständige Beziehungen zum polnischen Volk unterhielt, selbst dann, wenn dieses als Nation ohne Staat existieren mußte, vernachlässigt. In Ungarn, Rumänien und Jugoslawien konnten interessierte Jugendgruppen im Dienst des „großdeutschen Gedankens“ allenfalls die deutschen Minoritäten. In Ungarn und Rumänien erleichtert ihre Existenz uns die menschliche Begegnung, ohne die es wohl Wissen, aber kaum Verstehen geben kann — wohlverstanden die deutschen Minderheiten als Brücke zu Ungarn und Rumänien.

Während die deutsche Minderheit in Jugoslawien nicht zuletzt durch Machenschaften, die aus ihr eine Irredenta schufen, völlig aufgerieben und ausgewiesen wurde, erfreut sie sich in Ungarn dank besonderer Fürsorge der USAP und des Staates (Kultusministeriums) auch einer festen Organisation unter der Leitung des Abgeordneten Dr. *Friedrich Wild'*.

In Rumänien sind die Minderheiten in Partei und Volksräten integriert. Zigeuner und Juden sind besser gestellt als bei uns zulande, nämlich real gleichberechtigt. Seit der außenpolitischen Krise im August/September 1968, in der deutlich wurde, daß die Minderheiten, etwa 12 % der Gesamtbevölkerung, loyal zur Partei- und Staatsführung standen, dürfte der Weg zur Erhaltung kultureller Eigenarten endgültig ebenso frei sein wie der zur Integration.

Die je 200 000 Deutschen im Banat und in Siebenbürgen haben auch nach 1945 literarische und wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen, so daß sie — und nur so werden sie hier gesehen — als Katalysator des „rumänischen“ Rumänien dienen können. Dank des großen Angebotes sowohl deutsch-rumänischer als auch rumänischer Literatur in deutscher Sprache ist für uns ein vertieftes Eindringen in Geschichte und Gegenwart sehr erleichtert. Kein anderer Staat des Südostens — aber auch des Ostens! — kennt ein derartiges Angebot von Rang<sup>8</sup>). Die Deutschen in Rumänien sind buchstäblich Dolmetscher zu den anderen Völkern, nichts anderes, Dolmetscher für die Deutschen der BRD, der DDR — und wo sie sonst wohnen mögen. Insofern sind die Perspektiven einer taktvollen und aufrichtigen Zusammenarbeit bei gutem Willen beider Partner als zukunftssträftig zu bezeichnen.

Die Deutschen in Rumänien sind aber nur dann eine verlässliche Brücke zum Staatsvolk und zu den anderen Minderheiten, wenn man ihre Vergangenheit und ihre Existenz im sozialistischen rumänischen Staat nicht in Frage stellt. Es wäre gut, wenn gegenseitige Verträge diese Brücke zur Verständigung und zum Verstehen ohne Nebenabsichten nutzbar machen könnten. Die Minderheit ist kulturell so bedeu-

- 5) M. A. Lupu, Rektor der Akademie für Wirtschaftswissenschaften, *Die Wirtschaft Rumäniens*, Bukarest 1968, 64 S.
- 6) Emilian Dobrescu, *Struktur der rumänischen Wirtschaft*, Bukarest 1968, 112 S. — Vgl. auch Dobrescu (Hrsg.), *Das sozialistische Rumänien*, Ziffern und Taten, mit vielen Schaubildern, o. Ortsangabe, 1969, 175 S. (Botschaft der Soz. Rep. Rumänien, Köln-Bayenthal).
- 7) Statuten des Demokratischen Verbandes der Deutschen in Ungarn, angenommen auf dem am 28. und 29. April stattgefundenen Landeskongreß, in: *NZ — Neue Zeitung*, Budapest, XIII. Jahrgang, Nummer 34 v. 22. 8. 1969, S. 3.
- 8) *Rumänische Rundschau*, Vierteljahresschrift, XXIII. Jahrgang 1969, Bukarest, je Heft ca. 150 S. — *Neue Literatur*, Zeitschrift des Schriftstellerverbandes der SSR, 20. Jahrgang 1969, je Heft ca. 125 S.

tend, daß man von einer fünften deutschen Literatur sprechen kann, neben der in der BRD, der DDR, in Österreich und in der Schweiz.

Dieser glückliche Umstand kann persönliche und gesellschaftliche Kontakte schaffen, die ihrerseits die rumänischen Anstrengungen plastischer erscheinen lassen, als Statistik und sprachlich zugängliche Berichte dies möglich machen. Trotz zahlreicher Touristen ist Rumänien noch immer weithin *terra incognita*. Es wird endlich Zeit, jegliche Abschätzigkeit und falsche Balkanromantik aufzugeben, wenn von ihm die Rede ist.

Rumänien hat Großes auf allen Gebieten des kulturellen und ökonomischen Fortschritts vor. Da nicht nur Dynamik, sondern auch Pragmatismus auf marxistisch-leninistischer Grundlage seine Merkmale sind, sind die rumänischen Perspektiven trotz der hier gemachten Vorbehalte als nicht ungünstig zu bezeichnen. Bei guten klimatischen und geologischen Voraussetzungen sollte es möglich sein, daß Teilgebiete der Infrastruktur — insbesondere der Straßenbau aller Kategorien — bewältigt werden. Mehr Verantwortlichkeit sollte man nach unten delegieren im Sinne der Äußerungen Ministerpräsident *Maurers* zum Fünfjahresplan 1971 und zur volkswirtschaftlichen Vorausplanung für die Zeitspanne 1976—1980. Hier wird deutlich, daß im Rahmen kollektiver Leitungen eine Atmosphäre erforderlich ist, „in der sämtliche Ansichten Gehör finden und mit Aufmerksamkeit geprüft werden ... Schließlich trägt die kollektive Leitung in jenem Maße Früchte, in dem sie sich auf die

individuelle Verantwortlichkeit sowohl bei der Annahme der Beschlüsse als auch bei ihrer Ausführung stützt. Eine derartige Verantwortlichkeit kann jedoch nur dann bestehen, wenn eine reale Entscheidungsfreiheit, natürlich in den Grenzen der festgelegten Befugnisse (sie, sichergestellt ist“<sup>9)</sup>).

Der Einzelne wäre mehr als bisher in seiner Individualität zu achten. Wenn die „*human relations*“ in den Dienstleistungen verbessert werden, hat dieses Land eigenwilliger romanischer Kultur, bereichert durch ungarische, deutsche und slawische Gruppen, gute Aussichten, den Anschluß an den Standard der Industrienationen zu erreichen und sie auf einzelnen Gebieten zu übertreffen. Die Dynamik auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene, seine Außenpolitik der Kooperation und der Balance, der bilateralen Beziehungen und der Freundschaft mit den sozialistischen Ländern, sein Eintreten für die europäische Sicherheit<sup>10)</sup> und gutnachbarliche Beziehungen im Balkanraum, für die Friedenssicherung schlechthin, sichert Rumänien, einem Staat mittlerer Größe, einen beachteten Platz unter den Nationen.

*Herbert Adam*

9) Ion Gheorghe Maurer, Bericht zu den Direktiven des X. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei, zum Fünfjahresplan 1971—1975 und zu den Richtlinien der Entwicklung der Volkswirtschaft in der Zeitspanne 1976—1980 vom 6. 8. 1969, Bukarest, 61 S., hier: S. 59.

10) Vgl. Vasile Natea, „Nicolae Titulescu“, mit einem Vorwort von Mircea Malita, Bukarest 1969, 86 S. — Der bedeutende bürgerliche rumänische Politiker gilt als Vorläufer der heutigen rumänischen Außenpolitik.